



dbb
beamtenbund
und tarifunion

landesbund
rheinland-pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62
55118 Mainz

Postfach 17 06
55007 Mainz

Telefon (06131) 61 13 56
Telefax (06131) 67 99 95

E-Mail: post@dbb-rlp.de

Rundschreiben Nr. 03/2026

An

- a) Mitgliedsgewerkschaften des dbb rheinland-pfalz
- b) dbb jugend rheinland-pfalz
- c) dbb arbeitnehmervvertretung rheinland-pfalz
- d) dbb landesfrauenvertretung rheinland-pfalz
- e) dbb-Bezirks- und Kreisverbände

nachrichtlich

- a) Mitglieder des dbb-Landesvorstandes
- b) dbb-Ehrenvorsitzende
- c) dbb-Ehrenmitglieder
- d) dbb-Kassenprüfer

Mainz, 21.01.2026
he/-

Gewerkschaftspolitisches Spitzengespräch

dbb Landesleitung zu Gast bei der FDP-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz *„Beamtenstatus ist unverzichtbarer Garant für die Funktionsfähigkeit des Staates“*

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

zu einem gewerkschaftspolitischen Austausch vor der Landtagswahl traf die Landesleitung des dbb rheinland-pfalz am 20.01.2026 zusammen mit dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, Steven Wink.

Der FDP-Fraktionschef zeigte sich landtagswahlbezogen zuversichtlich, was den Verbleib seiner Partei im Parlament anbetrifft. Die bundespolitische Lage bedinge demoskopischen Aufwind für die FDP, die sich grundsätzlich in der Rolle als versierten Korrektivpartner in Koalitionen sehe.

In Anknüpfung daran thematisierte die dbb Delegation jüngste politische Testballons gegen den Beamtenstatus aus den Reihen der Regierungskoalition auf Bundesebene und erkundigte sich nach der diesbezüglichen Position der FDP-Landtagsfraktion.

Fraktionschef Steven Wink unterstrich, dass seine Partei keinesfalls am Beamtenstatus rütele.

Kritisch zu betrachten sei es allerdings, so Steven Wink, wenn die Wirtschaft keine neuen Kräfte mehr einstelle, der Staat dagegen aber in großem Maß. Das könne zu Finanzierungsproblemen durch aufgeblähte Personalmengen führen und zu ausufernder Bürokratie. Beides müsse man aus FDP-Sicht verhindern.

Einmütig bekräftigten die Gesprächsparteien, dass die stetig zunehmende Aufgabenlast des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz durch echte Aufgabenkritik kontrolliert und eingedampft werden muss. Gut gemachte, wirkungsvolle Digitalisierung sei ein weiterer wichtiger Baustein für effizientere Verwaltung. Dann könne der Staat zum Wohle der Steuerzahler auch Synergieeffekte nutzen.

Der Beamtenstatus sei dabei wichtiges, unverzichtbares Element zur Garantie einer rechtsstaatlich abgesicherten, stabilen Personalstruktur eines insoweit krisenfesten öffentlichen Dienstes.

Zum Stichwort Digitalisierung bemerkte Steven Wink, dass die diesbezügliche Transformation der Arbeitswelt geprägt sei von Vorbehalten und zähem politischen Ringen. Der Ausbau der erforderlichen Infrastruktur laufe, Geld sei vorhanden, es würden aber noch zu viele Insellösungen verfolgt und übervorsichtige Diskussionen geführt.

Die Gesprächsparteien waren sich einig, dass für gut gemachte, wirkungsvolle Digitalisierung die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Anfang einbezogen werden müssen mit ihrem Fachwissen und ihren Vorschlägen.

In der gemeinsamen Betrachtung der laufenden Ländereinkommensrunde warb die dbb Delegation eindringlich für die gewerkschaftlichen Tarifforderungen hinter dem Slogan „7 Prozent, mindestens 300 Euro im Monat“.

FDP-Fraktionschef Steven Wink zeigte großes Verständnis für die Entgeltforderungen und analysierte im Vergleich zur Privatwirtschaft auf vielen Stellen im öffentlichen Dienst bestehenden Aufholbedarf in der Bezahlung.

Die dbb-Vertreter erläuterten die Forderung nach tariflicher Verbriefung des stufengleichen Aufstiegs auch im Geltungsbereich des Ländertarifvertrages TV-L.

Dem Personalmangel im öffentlichen Dienst müsse mit attraktiven Arbeitsbedingungen begegnet werden. Die Landesbeschäftigten haben ein Recht auf faire und leistungsgerechte Bezahlung.

Mit Blick auf die entsprechende Vereinbarung im aktuellen Koalitionsvertrag in Rheinland-Pfalz sprach sich der FDP-Fraktionsvorsitzende Steven Wink in diesem Zusammenhang für eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung eines hoffentlich bald erzielten Tarifergebnisses auf Besoldung und Versorgung der Landes- sowie Kommunalbeamten aus. Ein gesetzliches Umklappen sei für die FDP selbstverständlich.

Es schloss sich ein Diskurs zur rheinland-pfälzischen Bildungspolitik an, in dem die dbb-Seite eine zielgerichtete Sprachförderung mit Konzept und ausreichender Personalausstattung forderte sowie einen an der Praxis orientierten Ausbau der Schulsozialarbeit nebst schulbehördliche Verfahrensverbesserungen bei der Verhängung erzieherischer Maßnahmen an den Schulen.

Steven Wink verwies dazu auf die bildungspolitischen Teile des FDP-Landtagswahlprogramms – Stichwort „multiprofessionelle Teams“ und „verpflichtende Sprachprüfung“ – sowie auf den bildungspolitischen Sprecher der Fraktion, Stefan Thoma.

Seitens der FDP-Fraktion nahm neben Steven Wink auch Dr. Andreas Riegler am Gespräch teil, Referent für Inneres, Recht sowie Haushalt und Finanzen.

Die dbb Delegation bestand aus der Landeschefin Lilli Lenz, dem stellv. Landesvorsitzenden Lars Lamowski sowie dem Landesgeschäftsführer Malte Hestermann.

Mit freundlichen Grüßen

Lilli Lenz
Landesvorsitzende